

Bundesamt für Landwirtschaft  
Mattenhofstrasse 5  
3003 Bern

22. November 2005

**Verordnung über Koexistenzmassnahmen beim Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen sowie beim Umgang mit daraus gewonnenem Erntegut (Koexistenzverordnung)**

**Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen, dass Sie uns Gelegenheit gegeben haben, uns zur eingangs erwähnten Verordnung zu äussern.

**Grundsätzliches**

Oberste Maxime dieser Verordnung ist, für Konsumenten absolute Wahlfreiheit garantieren zu können. Das ist nur möglich mit absolut getrennten Warenflüssen und Felddistanzen, welche eine Pollenübertragung durch Wind, Insekten usw. verunmöglichen. Der im Gutachten zum Parallelanbau von Kulturen von der Agroscope FAL empfohlene Feldabstand von 50m kam ohne jeden Einbezug von Wind oder gar Sturm zustande.

Grenzwerte wurden deklariert, weil geringste Spuren von GVO im Erntegut nachgewiesen werden können. Bei einem Grenzwert von 0.9 % wird somit in 10 Tonnen Getreide 90 kg GVO toleriert. Das wäre akzeptabel bei toter Materie, nicht aber bei lebendigen, vermehrungsfähigen Substanzen. Die allseits angestrebte Wahlfreiheit der Konsumenten kann deshalb nur garantiert werden, wenn GVO-Saatgut geschlechtlich steril ist (also absolut kein Nachbau möglich ist) und der Grenzwert null gilt.

Die Unberechenbarkeit der Weiterentwicklung (Mutation) von gentechnisch verändertem Pflanzgut verlangt Überprüfungen von mindestens 30 Jahren, bevor der freie Feldanbau erlaubt werden kann. Als Vergleich folgendes Beispiel: Vor 25 Jahren wurden die Bauern offiziell aufgefordert, ihren Tieren nur antibiotikahaltiges Futter zu verabreichen. Heute wird den Bauern der Vorwurf gemacht, der breitflächige Einsatz von Antibiotika habe durch Resistenzbildungen zu grossen Schwierigkeiten in der Humanmedizin geführt. Die Lehre daraus abgeleitet auf den Entwurf der Koexistenzverordnung: Die Vorlage ist als unseriös und Tatsachen ignorierendes Konstrukt zurückzuweisen.

Sollte die Verordnung gegen jede Erkenntnis solcher Erfahrungen aus der Vergangenheit angenommen und in Kraft gesetzt werden, müssen unbedingt folgende Änderungen darin aufgenommen werden:

## **2. Abschnitt: Anforderungen an den Anbau**

Art. 3 Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen:

Vermehrungsmaterial von gentechnisch veränderten Pflanzen darf nur angebaut werden, wenn es garantiert geschlechtlich steril ist und ...

## **3. Abschnitt: Warenflusstrennung**

Art. 7 Kennzeichnung beim Inverkehrbringen:

Absatz 2 streichen

Begründung: Es kann nicht sein, dass ausgerechnet jene unbeabsichtigten Ausbreitungen, die mit dieser Verordnung eigentlich nicht passieren sollten, nicht gekennzeichnet werden müssen.

Art. 8 Absatz 5:

Die Dokumente mit den Absätzen 1 und 3 sind während 30 Jahren aufzubewahren ...

## **Änderungen bisherigen Rechts**

### **Art. 9c (neu)**

Absatz 3: ... Dazu muss insbesondere eine Isolationsdistanz unter Einbezug von sturmähnlichen Windstärken definiert und deren Umsetzung beschrieben werden.

Absatz 6: Die Kantone sind verpflichtet, laufend zu überprüfen, ob die Anweisungen und Informationen die Bestimmungen der Absätze 2 und 3 erfüllen.

Begründung: Wenn der Bauer schon überfordert ist, die Qualität seiner Ökoflächen und die Einhaltung der entsprechenden Massnahmen selber zu überwachen, so ist er ganz sicher mit der in Absatz 6 verlangten Selbstüberprüfung überfordert.

## **Abschliessende Bemerkungen**

In einer Zeit, wo die Verbilligung und Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion stärker als je gefordert wird, führt der Parallelanbau von gentechnisch veränderten und unveränderten Pflanzen zu einem kaum bezahlbaren Mehraufwand. Das wird weder von den Bauern noch von den Konsumenten verstanden. Keine einzige gegenwärtig erforschte Genmanipulation führt im schweizerischen Anbau zu finanziell spürbaren Entlastungen. Im Gegenteil, sie machen überhaupt nur dort Sinn, wo im Anbau die Nachhaltigkeit in Bezug auf Erosionsschutz sträflich missachtet oder an sich unerwünschte Herbizide flächendeckend angewendet werden.

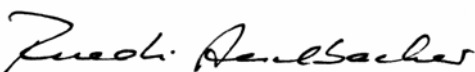
Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und verbleiben

Mit freundlichen Grüssen

**EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)**

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär



Dr. Ruedi Aeschbacher  
Nationalrat



Joel Blunier